

Pressemitteilung

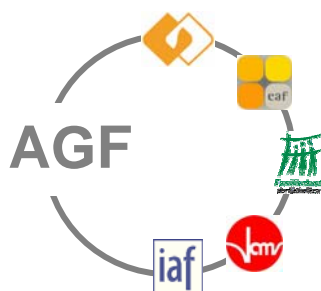
10 Euro Kindergeld und 200 Euro Freibetrag sind nicht ausreichend!

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist empört über die vom Koalitionsausschuss am Sonntag beschlossene Erhöhung des Kinderfreibetrages und des daraus abgeleiteten Kindergeldes. Eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro für das erste und zweite Kind und um 16 Euro für dritte und weitere Kinder ist viel zu gering.

„Das steuerfrei zu stellende Existenzminimum und das Kindergeld sind an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen. Dies ist jedoch seit 2002 nicht mehr geschehen, trotz einer Steigerung dieser Ausgaben für ein Kind um gut 18 Prozent, insbesondere bei Ernährung und Energie. Die vom Koalitionsausschuss beschlossene Anhebung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes bleiben weit hinter den Kostensteigerungen zurück und sind völlig unzureichend“, so die Vorsitzende der AGF, Elisabeth Bußmann, heute in Berlin.

Ein deutlich höheres Kindergeld ist auch notwendig, um die zunehmende Kinderarmut einzudämmen und jene Kinder besser vor Armut zu schützen, deren Familien noch nicht im SGB-II-Bezug sind. „Es ist ein Skandal, dass in einem der reichsten Länder der Erde mehr als 2 Millionen Kinder armutsgefährdet sind oder bereits in Armut leben. Eine deutliche Steigerung des Kindergeldes wäre zumindest ein Schritt zur Bekämpfung von Kinderarmut“, appelliert die Vorsitzende an die politisch Verantwortlichen.

Berlin, 07. Oktober 2008



In der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen sind zusammengeschlossen

- Deutscher Familienverband (DFV)
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf)
- Familienbund der Katholiken (FDK)
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf)